

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/64

2. April 1974

Klare Kursbestimmung für die SPD

-----  
Willy Brandt ruft "alle Mann an Deck"

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Schritte zum gewerkschaftlichen Miteinander

-----  
Gespräche DGB-DAG nicht durch überspannte Hoffnungen belasten

Von Günter Stephan

Mitglied des Bundesvorstandes des DGB

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Für zwei Millionen eine neue Heimat

-----  
Erfolgreiche Politik Niedersachsens für Vertriebene und Flüchtlinge

Von Herbert Hellmann

Niedersächsischer Minister für Bundesangelegenheiten

Seite 5 und 6 / 63 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes:

SPD-Vorstandserklärung zur Außenpolitik

-----  
Seite 7 bis 9 / 80 Zeilen

Klare Kursbestimmung für die SPD  
-----

Willy Brandt ruft "alle Mann an Deck"

Mit seinem Zehn-Punkte-Programm hat der SPD-Vorsitzende und Bundeskanzler Willy Brandt am 2. April, gestützt auf die einmütige Zustimmung des ganzen Parteivorstandes, eine klare Kursbestimmung vollzogen, die unverändert an den politischen Positionen des Godesberger Programms, des Wahlprogramms 1972 und der Regierungserklärung von 1973 festhält und sie für die ganze Partei als verbindlich erklärt. Das bedeutet zugleich, daß die Parteiführung nach innen und außen den ausgewogenen Reformkurs zur Richtlinie der Politik postuliert und entschlossen ist, die Verwirklichung dieses Reformprogramms, ohne die es zu einer gefährlichen Rückentwicklung in mißverstandenen Konservatismus kommen müßte, mit allen demokratischen Mitteln durchzusetzen und dieses Bestreben gegen alle gegnerischen Einflüsse zu verteidigen.

Dieses große Vorhaben, für das der Parteivorsitzende das ganze Gewicht seiner Person in die Waagschale wirft, erfordert aber die alle Parteimitglieder umfassende und gegen Störungen von innen und außen abgesicherte Solidarität. Die Zielaufgaben erfassen eine breite Skala, konzentrieren sich aber zunächst einmal auf die Landtagswahl in Niedersachsen am 9. Juni, die es gegen den Ansturm der Union zu gewinnen gilt. Die SPD wird in allen ihren Gliederungen den niedersächsischen Freunden hilfreich zur Seite stehen. Parallel dazu sollen die wichtigen innenpolitischen Vorhaben der sozialliberalen Koalition zügig verwirklicht werden, deren Zusammenarbeit ungeachtet aller gegnerischen Bemühungen durch Respekt und Loyalität geprägt ist. Das alles setzt zwingend voraus, daß die SPD mit aller Kraft in

2. April 1974

die wenn auch sechliche, so doch vor allem offensive Auseinandersetzung mit der CDU und der CSU einsteigt und auch so dafür sorgt, daß die Verunsicherung der Bevölkerung und des Wählers über die Positionen und Ziele der SPD so rasch wie möglich beendet wird.

Aus allen diesen Überlegungen, Plänen, Vorhaben und Absichten zieht Willy Brandt in voller Übereinstimmung mit dem gesamten Parteivorstand die Konsequenz zu einem eindringlichen Appell an sämtliche Parteimitglieder alle Gefahren für die SPD im entschlossenen Zusammenstehen abzuwehren. Dieser Ruf "alle Mann an Deck!" ist die unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen der gemeinsamen Bestrebungen, die Vertrauenseinbußen wieder aufzuholen und zu neuen großen Erfolgen voranzukommen. Das kann nur gelingen, wenn die leidigen inneren Auseinandersetzungen beendet werden, damit ein einheitliches Auftreten nach außen möglich wird. Wer das Godesberger Programm und die unveränderlichen Grundwerte des demokratischen Sozialismus verläßt, indem er zum Beispiel Aktionseinheiten mit Kommunisten praktiziert, der ist in der SPD fehl am Platze. Die SPD wird sich von ihm trennen müssen. Dasselbe gilt aber auch für jeden, der auf andere Weise die gebotene Solidarität verletzt. Wer eine andere Partei unterstützt, gehört nicht in die SPD.

Die zehn Brandt-Punkte vom 2. April 1974 sind ein bedeutungsvoller Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Diese zehn Punkte konkretisieren die Position und die Ziele der Partei und sie setzen Marksteine für das Verhalten jedes einzelnen Sozialdemokraten. Von jetzt an kann und darf es keinen Zweifel mehr an der SPD, an ihren Aufgaben, an ihren Vorhaben und an ihrem Wirken geben -

weder nach außen noch nach innen!

(ee/2.4.1974/ks/vs)

+ + +

Schritte zum gewerkschaftlichen Miteinander

Gespräche DGB-DAG nicht durch überspannte Hoffnungen belasten

Von Günter Stephan

Mitglied des Bundesvorstandes des DGB

Voraussichtlich im Mai dieses Jahres wird es zu Spitzengesprächen zwischen der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) kommen. Ziel dieser Gespräche ist es, Hindernisse und Schranken für eine fruchtbare Zusammenarbeit auf beiden Seiten abzubauen zu helfen und damit auf die Einheit in der Organisation der Gewerkschaften hinzuarbeiten. Den bevorstehenden Spitzengesprächen war Ende vergangenen Jahres ein Briefwechsel vorausgegangen, der - ausgelöst durch entsprechende Anträge auf den letzten Bundeskongressen von DAG und DGB - diese Gesprächsbereitschaft bereits zum Ausdruck brachte.

Wir im Deutschen Gewerkschaftsbund wissen, wie groß die Hoffnungen und wie hoch die Erwartungen auf diese Gespräche sind. Gerade deshalb möchten wir aber auch davor warnen, durch eine Überbewertung bestimmte Vorbehalte und Bedenken aufzuwerfen, die diesen ersten Gesprächen alles andere als nützlich wären. Bei den bevorstehenden Kontakten wird es sich zunächst einmal um eine Art Bestandsaufnahme und ein vorsichtiges Abtaaten der gegenseitigen Standpunkte handeln, um künftig nach Möglichkeit schädliche gewerkschaftliche Konkurrenz und Mißverständnisse vermeiden zu helfen. Ich könnte mir vorstellen, daß die Bildung entsprechender Arbeitskommissionen auf beiden Seiten

2. April 1974

als Ergebnis dieser Gespräche ein erster konstruktiver Schritt wäre.

Wir dürfen uns keineswegs der Illusion hingeben, daß mit diesen Gesprächen alle langwierigen und bitteren Auseinandersetzungen, die es in den 25 Jahren des Nebeneinanderarbeitens gegeben hat, auf einen Schlag ausgeräumt werden könnten. Hierzu bedarf es neben großer Bereitschaft und viel gutem Willen auch entsprechender Zeit. Wer glaubt, daß man innerhalb weniger Wochen das Trennende von Jahrzehnten überwindet, muß sich eines Besseren belehren lassen. Frühestens Mitte nächsten Jahres ist es meines Erachtens angezeigt, eine Zwischenbilanz zu ziehen und das Erreichte einzuschätzen.

Wie eventuelle Lösungswege aussehen könnten, läßt sich heute schwer sagen. Unrealistisch und zudem auch unkollegial wäre es jedoch, anzunehmen bzw. zu fordern, daß sich eine Gewerkschaft, wie die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, selber aufgibt und auflöst. Genauso unrealistisch ist es, sie als 17. reine Angestellten-Organisation in den DGB aufzunehmen. Es heißt also Zwischenstufen zu finden, eventuell in Richtung einer zu bildenden Dienstleistungs-Gewerkschaft, die für beide Seiten gangbar sind.

Wir im Deutschen Gewerkschaftsbund gehen mit großer Bereitschaft und ohne Vorbehalte in diese Gespräche, ohne dabei jedoch die damit verbundenen Schwierigkeiten und Probleme zu verkennen. Uns geht es darum, daß aus dem Nebeneinander ein Miteinander wird.

(-/2.4.1974/bgy/pr)

+ + +

Für zwei Millionen eine neue Heimat  
-----

Erfolgreiche Politik Niedersachsens für Vertriebene und Flüchtlinge

Von Herbert Hellmann

Niedersächsischer Minister für Bundesangelegenheiten

Aus den großen Schwierigkeiten und Anstrengungen bei der Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen in Niedersachsen gingen nicht minder große Erfolge hervor. Die Bilanz der drei Jahrzehnte niedersächsischer Vertriebenenpolitik kann sich sehen lassen. Rund zwei Millionen Vertriebene und Flüchtlinge haben in dem vom Kriegsgeschehen schwer angeschlagenen Land Zuflucht gefunden. Noch 1953 haben wir 1.600 Flüchtlingswohnlager mit einer Gesamtbelegung von rund 140.000 Personen gezählt. Mit gezielten Raumprogrammen wurde man dieses Problems Herr. An diesen Zahlen wird deutlich, was in der Nachkriegszeit von Niedersachsen allein auf dem Sektor Wohnungsbau bewältigt werden mußte. Alles in allem ist es gelungen, die zu uns gekommenen Vertriebenen und Flüchtlinge angemessen unterzubringen. Seit 1973 benötigt man für diesen Personenkreis keine Sonderbauprogramme mehr. Aussiedler und Zuwanderer aus der DDR werden aber im Rahmen des allgemeinen sozialen Wohnungsbaues bevorzugt berücksichtigt. Von den 1973 in Niedersachsen öffentlich geförderten Wohnungseinheiten sind rund 1.100 auf diese Personengruppe entfallen.

In der beruflichen Eingliederung nimmt Niedersachsen auf dem landwirtschaftlichen Sektor die führende Stellung ein. Bis Ende 1973 konnten hier 11.500 vertriebene oder geflüchtete Landwirte auf einer Vollerwerbsstelle angesiedelt werden, weitere 43.200 haben eine Nebenerwerbsstelle erhalten. Die Gesamtfläche, die auf diese Weise von Vertriebenen und Flüchtlingen in Niedersachsen übernommen wurde, beträgt 250.000 ha. Alles in allem hat unser Land damit auf diesem Gebiet fast ein Drittel der Gesamtleistungen der Bundesrepublik erbracht. Das gilt auch noch für 1973. Von insgesamt 2.800 geförderten Nebenerwerbsstellen sind im letzten Jahr 890 auf Niedersachsen entfallen. Infolge gestiegener Landkosten und Baupreise ist der Finanzierungsplan des Bundes, in den Jahren 1970 bis 1974 jährlich 4.000

Nebenerwerbstellen zu errichten, nicht zu realisieren gewesen. Wir bemühen uns daher intensiv um eine Verlängerung dieses Programms und weitere Bundesmittel.

Bei der Eingliederung ehemals selbständiger Gewerbetreibender liegen die Schwierigkeiten vor allem in dem großen Kapitalbedarf, den die Wiederbegründung eines halbwegs krisenfesten Unternehmens verlangt. 1969 hat es unter den Vertriebenen und Flüchtlingen nur halb so viele Selbständige gegeben, wie bei der einheimischen Bevölkerung. In konsequenter Anwendung der zur Verfügung stehenden staatlichen Förderungsmaßnahmen ist es bis Ende 1971 jedoch gelungen, diesen Rückstand zu halbieren. Rund 75 vH. der ehemals selbständigen Vertriebenen und Flüchtlinge verfügen heute wieder über eine eigene Existenz. Die Landesregierung wird diese positive Entwicklung auch weiterhin nach besten Kräften fördern.

Eine besonders wichtige Aufgabe sehen wir in der Sprachförderung der Aussiedler. Von 6.850 Personen, die Niedersachsen von 1971 bis 1973 aufgenommen hat, waren 55 vH. nicht älter als 35 Jahre. Zumindest soweit sie aus der Volksrepublik Polen kamen, hatten sie keine deutschsprachige Schule mehr besuchen können. Durch Erweiterung der Förderschule für Aussiedler in Cella von rund 80 auf 280 Plätze, durch Einrichtung von Förderklassen und Intensiv-Sprachunterricht in den Ballungsräumen ist die Landesregierung bemüht, die Sprachbarrieren so schnell wie möglich abzubauen. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß im diesjährigen Landeshaushalt erstmalig auch Mittel bereitgestellt sind, die Aussiedlerkindern einen kostenfreien Kindergartenbesuch ermöglichen werden.

Die Chronologie unserer Politik für Vertriebene und Flüchtlinge überspannt einen Abschnitt unserer Geschichte von der Notzeit der großen deutschen Völkerwanderung im Jahre 1945 bis zu den diffizilen Aussiedlerproblemen, die wir heute noch - fast 30 Jahre danach - zu lösen haben. Was von der Hitler-Regierung in wenigen Jahren zerstört wurde, hat nicht nur Millionenopfer gefordert, sondern wirkt sich noch heute auf Enkel und Urenkel aus. Lassen Sie uns darum alles daran setzen, das Verständnis zwischen den Völkern weiter zu entwickeln und den Frieden zu erhalten. Auch wir in Niedersachsen wollen dazu beitragen, daß in zähen Verhandlungen noch mehr unserer Landsleute aus Osteuropa zu uns kommen können und daß sich die Bedingungen ihrer Ausreise und ihrer Eingliederung noch mehr verbessern.

(-/2.4.1974/ks/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

SPD-Vorstandserklärung zur Außenpolitik

Der SPD-Vorstand hat am 1. April 1974 in Bonn folgende Erklärung zur Außenpolitik einstimmig verabschiedet:

Die erfolgreiche Politik zur Sicherung des Friedens ist mit verstärkten Anstrengungen fortzusetzen. Sie fügt sich in die Bemühungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion ein, die Entspannung weiter zu fördern. Die SPD unterstützt diese Bemühungen, weil sie geeignet sind, ein zusätzliches Moment der Sicherheit zu schaffen.

Diese Bemühungen, neue Strukturen des Friedens zu schaffen, wie sie sich auch in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und auf der Konferenz um ausgewogene Truppenreduktion in Mitteleuropa dokumentieren, vermindern die Bedeutung der NATO nicht. Das Nordatlantische Bündnis, das sich in dem Vierteljahrhundert seines Bestehens als Instrument der Sicherheit bewährt hat, und die Europäische Gemeinschaft bleiben Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Im Nordatlantischen Bündnis findet das fortdauernde gemeinsame Interesse der Vereinigten Staaten und Europas an Frieden und Sicherheit die bewährte organisatorische Form. Das Engagement der Vereinigten Staaten für unsere Sicherheit ist unersetzbar. Für die Politik der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich folgende Aufgaben: 1/ Den Zusammenhalt und die Festigkeit des Bündnisses zu fördern; 2/ einen angemessenen eigenen militärischen Beitrag zu leisten und damit auch die amerikanische Anwesenheit in Europa zu erleichtern; und 3/ die Vollendung der europäischen Einigung als große europäische Aufgabe durch die Europäer zu verwirklichen.

Die Europäische Gemeinschaft kann nur in Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten und nicht gegen sie entwickelt werden. Dabei wird ent-



sprechend den Vorschlägen von Bundeskanzler Willy Brandt ein organischer Dialog zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA zu führen sein, um die Partnerschaft mit einem Minimum an Reibungsverlusten zu entwickeln. Westeuropa kann sich nicht darauf berufen, daß es für die auf die Gemeinschaft einwirkenden weltweiten Turbulenzen keine Verantwortung trage und damit Opfer der Verhaltensweisen Dritter geworden sei. Es muß selbstkritisch erkennen, daß es in der Gefahr war und ist, zu leicht und zu schnell Abhilfe in kurzzeitigen nationalen Aktionen zu suchen. Die mangelnde Bereitschaft Einzelner zur geforderten Solidarität in der Energieversorgung und das weitere Aufbrechen des gemeinsamen Währungsverbundes sind alarmierende Zeichen für den inneren Zustand der Gemeinschaft.

Die Konsolidierungsphase der Gemeinschaft muß den erreichten Bestand der Integration sichern. Die Konsolidierungsphase muß die außenpolitische Zusammenarbeit der Neun auf wesentliche Ziele lenken und den fortlaufenden Dialog mit den USA entwickeln. Konkrete Schritte im europäischen Einigungswerk müssen so angelegt sein, daß die Völker Europas reale Fortschritte ebenso erkennen wie eine gerechte Lastenverteilung innerhalb der Gemeinschaft. Europa kann sich nur als Werk Gleichberechtigter und im fairen Kompromiß der nationalen mit den gemeinsamen Interessen verwirklichen. Es kann sich nicht gegen Nordamerika zusammenfinden. Wir setzen unsere politische und wirtschaftliche Kraft für die Europäische Gemeinschaft in der atlantischen Partnerschaft ein.

Die Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit mit Staaten des Warschauer Paktes ist fortzusetzen. Nach Monaten der Stagnation und der Gefahr von Rückschlägen ist es gelungen, Fortschritte zu erzielen. Mit der Sowjetunion konnte eine neue Qualität der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erreicht werden. Bei der Praktizierung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin hat es Schwierigkeiten und Vertragsverletzungen gegeben. Der Grund-

2. April 1974

setz der strikten Einhaltung und vollen Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens, der im Mai vergangenen Jahres vereinbart wurde, wird für uns weiter verbindlich sein. Diese Bemühungen sind fortzusetzen.

Im Verhältnis zur DDR spüren die Menschen am unmittelbarsten Fortschritt, Stillstand oder Rückschläge. Es ist zu begrüßen, daß endlich die Einrichtung der Ständigen Vertretungen vereinbart wurde und der Sportverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten in Gang kommt. Es ist darüber hinaus notwendig, die vereinbarte weitere Verbesserung und Erleichterung im Interesse der Menschen vorzunehmen und erst recht eingetretene Erschwerungen zu beseitigen.

Im Verhältnis zur Volksrepublik Polen bedarf es zusätzlicher Anstrengungen, damit im Interesse der Menschen, der europäischen Entspannung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine neue Ebene erreicht wird.

Das wachsende Bewußtsein von der Begrenztheit der Hilfsquellen hat dazu geführt, daß die Preise für Rohstoffe und Naturprodukte in letzter Zeit explosiv gestiegen sind, zum ersten Mal seit 25 Jahren wesentlich rascher als die der Industrierzeugnisse. Dadurch hat sich die wirtschaftliche Situation einiger Entwicklungsländer verbessert. Andere Entwicklungsländer, die einen hohen Einfuhrbedarf an Öl, Rohstoffen und Nahrungsmitteln haben, sind nicht nur in ihrem wirtschaftlichen Fortschritt, sondern teilweise in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen: 1/ Die Entwicklungshilfeleistungen der Industrieländer sollten im vorgesehenen Maße gesteigert, ihre Verteilung überprüft werden; 2/ ohne eine Beteiligung der Öl-Länder ist ausreichende Hilfe für einen großen Teil der Entwicklungsländer nicht möglich; und 3/ muß, um die weltweite Inflation einzudämmen, auch der Verteilungskampf zwischen Rohstoffproduzenten und Herstellern von Industrierzeugnissen entschärft werden.

(-/2.4.1974/ks/ja)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller